

/// Keine Freunde mehr ...?

## DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

**MICHAEL C. KIMMAGE** /// ist Professor für Geschichte an der Catholic University of America in Washington, DC. Von 2014 bis 2016 war er beim U.S. Department of State im Office of Policy Planning für Russland und die Ukraine tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den transatlantischen und internationalen Beziehungen, wofür er zuletzt in *The Washington Post*, *The New York Times* und *The New Republic* schrieb. Im Interview beleuchtet er die Entwicklung der Transatlantischen Beziehungen unter Präsident Trump.

**Politische Studien:** Angesichts der viel diskutierten Aussage von Bundeskanzlerin Merkel, dass Europa sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müsse, prophezeite der frühere NATO-Gesandte der USA und jetzige Direktor des Chicago Council of Foreign Affairs, Ivo H. Daalder, eine Zeitenwende in den Transatlantischen Beziehungen. Sehen Sie die jetzige transatlantische Lage auch als Wegweiser für die Zukunft oder ist die Amtszeit Trumps nur eine vierjährige Unterbrechung, nach der wieder Normalität zurückkehren wird?

**Michael Kimmage:** In den Transatlantischen Beziehungen gab es schon öfter Irritationen. De Gaulle wollte Frankreich von der NATO unabhängig machen und Außenminister Fischer war auf der Münchner Sicherheitskonferenz von der amerikanischen Begründung für den Irakkrieg „nicht überzeugt“. Streit ist also nichts Neues. Und seit 1989 hat Eu-

ropa auch wichtige Schritte in Richtung Eigenständigkeit gemacht, sowohl politisch, militärisch als auch geistig. Dies richtete sich nicht gegen die USA, aber darauf basierend zeigten Frankreich und Deutschland schon ihre Distanz gegenüber Präsident George W. Bush. Historisch betrachtet spiegelt Merkels Aussage somit eine langfristige Entwicklung wider, obwohl „ein Stück vorbei“ allemal sanfter und qualifizierter klingt als Ivo Daalders „Ende einer Ära“.

Läutet Trumps Amtszeit nun eine Wende oder gar einen neuen Trend ein? Als Kandidat hat er Deutschland ständig als ein Land kritisiert, das die globale Wirtschaft ausbeutet. Deutschland gewinne immer und die USA hingegen seien immer der Verlierer, propagierte er. Trump zweifelte die NATO an und stellte sich eindeutig auf die Seite solcher Anti-EU-Populisten wie Nigel Farage



### Klimawandel: Es wird kühler...

oder Marine Le Pen. Als Präsident hat er bislang zwar schon konventioneller agiert, aber nicht im herkömmlichen Sinne normal.

Was hat Trump geändert? Zuvor waren seit 1945 die NATO und die Wertegemeinschaft mit Europa feste Bestandteile der amerikanischen Außenpolitik. Trump hat das kritisiert und stellt es nun als Präsident in Frage. Normalität in die Transatlantischen Beziehungen kann jedoch nur zurückkehren, wenn die amerikanische Bevölkerung wieder

der alten Europapolitik zustimmt. Das wird aber wahrscheinlich erst in drei Jahren wieder möglich sein und auch nur dann, wenn es republikanische wie demokratische Kandidaten gibt, die in einer starken US-europäischen Beziehung ein amerikanisches Nationalinteresse sehen. Dazu braucht es aber auch pro-Europa-Argumente, die nicht nur allein auf dem Kalten Krieg gründen, sondern sich auch am 21. Jahrhundert



In den transatlantischen Beziehungen gab es schon öfter **IRRITATIONEN**.



Die NATO wird der wichtigste Garant der **EUROPÄISCHEN** Sicherheit bleiben.

orientieren. Hier haben alle politischen Kontrahenten Trumps ihre Chancen nicht genutzt, sei es aus Faulheit oder aus Uninspiriertheit. Dass Präsident Trump keine positiven außenpolitischen Visionen hegt und nur negativ über den Status quo schimpft, deutet darauf hin, dass diese Phase der Europabgewandtheit nur eine Unterbrechung sein könnte.

**Politische Studien: Wie wird sich die zukünftige Sicherheitspolitik in Europa gestalten? Wird die NATO weiterhin der wichtigste Garant der europäischen Sicherheit bleiben oder könnte Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig mehr auf EU-Ebene, also außerhalb der NATO, bestimmt werden?**

**Michael Kimmage:** In absehbarer Zukunft wird die NATO der wichtigste Garant der europäischen Sicherheit bleiben. Für die bestehenden Bedrohungen ist sie schon noch ein sehr mächtiges und effektives Bündnis. Selbst wenn Präsident Trump weniger NATO-begeistert als seine Vorgänger ist, baut sein Sicherheitsteam auf das Bündnis. Für das Pentagon bleibt die NATO absolut unersetzbar.

Aber auch Europa braucht die NATO und kein großer europäischer Politiker plädiert für einen Austritt.

Mehr Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der EU-Ebene ist schon eine gute Idee, sowohl für Europa wie für die USA. Mit dem Brexit und der Wahl Emmanuel Macrons als Frankreichs neuer Präsident haben Deutschland und Frankreich die Möglichkeit, eine bessere politische und wirtschaftliche Union in Europa zu schaffen. Bei mehr politischer Einigkeit in der EU kann man dann auch an die Sicherheits- und Verteidigungsfragen denken, aber das wird kompliziert und sehr teuer. Am besten wäre es, wenn Europa Sicherheitsstrukturen mit und nicht gegen oder ohne die NATO aufbauen würde. Die NATO wäre weiter für die konventionellen Sicherheitsprobleme wie militärische Invasionen, Atomwaffen usw. zuständig und die EU-Strukturen könnten die für die NATO nicht lösbaren Sicherheitsprobleme übernehmen. So könnte beispielsweise eine EU-Armee an den europäischen Grenzen zur Sicherung dieser eingesetzt werden oder den zunehmenden Terrorismus innerhalb Europas bekämpfen. Weiter gäbe es noch den Aufgabenbereich Technik und Digitalisierung, in dem Desinformation und Cyberkriege mittlerweile zu einem innenwie außenpolitischen Sicherheitsproblem werden.

**Politische Studien: Trumps Kritik an den europäischen Partnern basiert zumeist auf der unausgewogenen Lastenvertei-**

lung innerhalb der NATO. Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung bleibt auch die Bundesrepublik weit hinter den vereinbarten Verteidigungsausgaben zurück. Würde Deutschland diese erhöhen, um das in Wales 2014 bekräftigte Ziel von 2% zu erreichen, hätte es derzeit mit rund 60 Mrd. € den größten Verteidigungsetat Europas. Ist die Bundesrepublik bereit, eine solche militärische Führungsrolle anzunehmen? Und sind ihre europäischen Nachbarn bereit, eine solche Rolle Deutschlands zu akzeptieren?

**Michael Kimmage:** Für die europäischen Nachbarn wäre es nicht nur akzeptabel, dass Deutschland 2 % für die Verteidigung ausgeben würde, es wäre für sie auch hilfreich. Der Zweite Weltkrieg bleibt zwar unvergessen und es gibt dazu immer wieder Stimmen, die sich kritisch gegenüber einer möglichen deutschen Dominanz erheben, aber der überwiegende Eindruck von Deutschland ist, dass es solidarisch, verantwortungsvoll und friedlich in Europa agiert und dort auch tief verwurzelt ist. Eine Führungsrolle für Deutschland, auch in militärischen Belangen, ist für eine tiefere, europäische politische Union fast unverzichtbar.

Das „deutsche Problem“ in Europa hat nichts mit der Vergangenheit oder der Sicherheit zu tun, sondern ist eher ein wirtschaftlich-politisches, vor allem für Südeuropa. Wichtig ist daher, dass die deutsche Führung innerhalb der EU

gut für ganz Europa und nicht nur vorteilhaft für Deutschland ist. So bewirkt z. B. die Währungsunion, wie sie derzeit konzipiert ist, eine attraktive wirtschaftliche Situation für Deutschland, aber gleichzeitig haben die Staaten Südeuropas die Option, mit dem Euro ihre eigene Währung „billiger“ zu machen, verloren. Dies hat dort massive Arbeitslosigkeit zur Folge. Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron müssen daher dringend an diesen wirtschaftlichen Problemen arbeiten. Andernfalls wachsen die Ressentiments gegenüber Deutschland und eine deutsche militärische Führung erscheint somit auch eher fragwürdig. Die Sicherheitsfragen in Deutschland sind aber nicht mehr von den europäischen Fragen zu trennen.

Aber auch Deutschland selber scheint im Jahr 2017 noch nicht bereit zu sein, eine militärische Führungsrolle anzunehmen. Das ist keine Frage der Finanzierung oder mangelnden Vertrauens seitens Europas, sondern begründet sich im historisch bedingten Verständnis seiner politischen Kultur. Seit 1945 hat Deutschland keinen Angriffskrieg mehr geführt. Eine militärische Führungsrolle anzunehmen, bedeutet aber, kriegsfähig zu sein. Frieden braucht auch die Bereitschaft zum Krieg. Deutschland ist heute davon jedoch sehr weit weg. Und auch eingedenk des



Eine deutsche **FÜHRUNGSROLLE** ist für eine tiefere, europäische politische Union fast unverzichtbar.

Zweiten Weltkriegs kann Deutschland auf Dauer nicht in seiner rein pazifistischen Haltung verharren. Es bedarf einer Weiterentwicklung, am besten im Sinne von Helmut Kohls Außenpolitik, mit einem wiedervereinigten Deutschland verstärkte deutsche Europapolitik machen zu können, nach dem Motto, mehr deutsche Macht ist gleichzeitig auch mehr europäische Macht. Ein solch stärkeres Europa würde Osteuropa sicher begrüßen, aber es würde auch für Südeuropa sowie Paris und Brüssel eine positive Entwicklung bringen.

**Politische Studien: Nicht nur in sicherheitspolitischen Belangen hat Präsident Trump die europäischen Partner in Sorge versetzt. Während des Wahlkampfes und auch nach seinem Amtsantritt äußerte er sich mehrfach kritisch zu Freihandelsabkommen. Schon in seiner ersten Woche als Präsident unterzeichnete er ein Dekret zum Ausstieg der USA aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP). Was für eine Auswirkung könnte diese Abschottung der amerikanischen Handelspolitik auf die Transatlantischen Beziehungen haben? Ist das unter Obama noch diskutierte transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit dem Amtsantritt Trumps endgültig beerdigt oder besteht noch eine Chance, die Gespräche mit der neuen Regierung wiederzubeleben?**

**Michael Kimmage:** TTIP ist beerdigt. Die zwei großen Freihandelsabkommen TPP und TTIP hatten auch Bernie Sanders und Hillary Clinton abgelehnt, auch wenn Letztere als Secretary of State noch an beiden mitgearbeitet hat. Im Moment ist es in den USA politisch gesehen notwendig, gegen neue Freihandelsabkommen, wenn nicht gar gegen Freihandel überhaupt zu sein. Das stellt einen Wendepunkt dar, und zwar einen größeren als die Wahl von Donald Trump im November 2016.

Der Kandidat Trump hatte noch Fantastisches versprochen: „Make America great again“, eine neue Art von nationaler Wirtschaft, Reichtum und Profit für alle und das ganz ohne Globalisierung. Als Präsident kann er nicht mehr so radikal vorgehen. Ein Handelskrieg gegen China wäre eine schlechte Idee, wenn man gleichzeitig mit China diplomatisch am Thema „Nordkorea“ zu arbeiten versucht. Ein Handelskrieg gegen Deutschland würde der amerikanischen Wirtschaft ernsthaft schaden. Die USA ist von den globalen Märkten extrem abhängig. Der Geschäftsmann Trump ist ja selber weltweit tätig und vertreten und nennt sein Hotel in Washington auch „Trump International Hotel“. Der Freihandel wird am Ende seiner Amtszeit bestimmt noch intensiver sein, aber Trump wird symbolisch immer gegen Freihandel und Globalisierung Stellung beziehen. Der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen war so gesehen auch eine symbolische Aktion dazu. Und solche Aktionen, nämlich eine Krise schaffen, in der er „gewinnen“ muss, könnte auch mal gegen Deutschland gehen und gefährlich werden. Gefährlicher als seine nationalistische Ideologie ist aber die Unberechenbarkeit Trumps. Neue Freihandels-



„TTIP ist beerdigt.“



## Donald Trump hat **KEINE** strategische Alternative zu den Transatlantischen Beziehungen.

abkommen mit den USA wird es in den nächsten Jahren sicher nicht geben, aber der bestehende Handel zwischen den USA und Europa wird in seinen Strukturen, wenn keine „künstlichen“ Krisen erzeugt werden, zukünftig noch anwachsen.

**Politische Studien: Gibt es in den gegenwärtigen Transatlantischen Beziehungen auch gemeinsame Ziele oder Ansätze, die in den kommenden Jahren durch eine Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Atlantiks erreicht werden können?**

**Michael Kimmage:** Gemeinsame Ziele für die Transatlantischen Beziehungen gibt es viele. Es gilt, die existierenden Strukturen in Wirtschaft, Sicherheit und Politik zu erhalten. Frieden und Stabilität, nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnen und nach 1989 auch nach Osteuropa expandiert, müssen als Ordnungspunkte verteidigt werden. Ebenso die Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die die Transatlantischen Beziehungen zu einem Bündnis und einer Gemeinschaft gemacht haben. Gemeinsam sind Bedrohungen wie der internationale Terrorismus zu bekämpfen, aber auch eine neue Sicherheitsordnung für Europa mit Russland zu erarbeiten. Es gilt ebenso, weiterhin den transatlantischen Handel zu stärken, zu beiderseitigem Gewinn und Wohlstand.

Ob Präsident Trump diese gemeinsamen Ziele versteht und auch verfolgt,

ist nicht klar. Er hegt zu Europa keine große Liebe und zeigt Sympathien eher für autoritäre denn demokratische Staatslenker. Auch hat er keine große Zuneigung zur Diplomatie an sich. Erst Ende Juli nominierte er als neuen amerikanischen Botschafter in Berlin Richard Grenell und als Assistent Secretary für Europa im State Department Wess Mitchell. Präsident Trumps eher kleine Europa-Mannschaft könnte Schwierigkeiten mit der Kommunikation und Koordination haben und das könnte den Transatlantischen Beziehungen schaden.

Aber es besteht auch Grund zu Optimismus. Donald Trump hat keine strategische Alternative zu den Transatlantischen Beziehungen. Wirtschaftlich, politisch und militärisch bleibt Europa Amerikas wichtigster Partner. Daran kann auch Trump als amerikanischer Präsident nichts ändern, und das ist auch ihm in den durchaus turbulenten ersten Monaten seiner Amtszeit klar geworden.

So mächtig er als amerikanischer Präsident auch sein mag, so stellt er letztendlich doch auch nur eine Stimme im Gesamten dar, außen-, innenpolitisch wie gesellschaftlich gesehen. Außenpolitisch spielen z. B. auch die amerikanischen Städte und Staaten eine wichtige Rolle. Schon viele Großstädte in den USA haben Präsident Trumps

”

In der amerikanischen Gesellschaft gibt es **KEINE** Europa- oder Deutschlandfeindlichkeit.

Umweltpolitik abgelehnt und das wird auch in anderen Bereichen passieren. Diese Großstädte suchen Partner in Europa. Auch bezüglich der Russlandpolitik der USA hat der Kongress, unabhängig von ihm und fast schon gegen das Weiße Haus, Sanktionen zusammengestellt, welche mittlerweile auch von Trump abgesegnet wurden. Das war verfassungsmäßig konform und wird auch so weitergehen. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es keine Europa- oder Deutschlandfeindlichkeit. Ganz im Gegenteil: Das Bild Europas und das von Deutschland sind hier sehr positiv.

Auf dieser gesellschaftlichen, politischen und außenpolitischen Basis kann man die Zusammenarbeit weiterbringen. Es wird in der Zukunft zwar nicht leicht sein und die Herausforderungen, mit den USA unter einem Präsidenten Trump ver-

nünftig zusammenzuarbeiten, werden enorm, aber auch nicht unbewältigbar sein. Die gemeinsamen Ziele sind auf beiden Seiten des Atlantiks immer noch gültig und in zehn Jahren werden diese Ziele nicht weniger gültig sein.

**Die Fragen stellte Benjamin DeYoung, studentischer Projektmitarbeiter in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



**/// PROF. MICHAEL C. KIMMAGE**

**ist Professor für Geschichte an der Catholic University of America in Washington, DC.**